

ERWERBSBETEILIGUNG IN DEUTSCHLAND 2011: FRAUEN UND ÄLTERE NACH VORN

2012



Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung mbH

Heinrichstr. 30
D - 49080 Osnabrück

Dr. Thomas Drosdowski
Britta Stöver
Ines Thobe
Dr. Marc Ingo Wolter

Email: wolter@gws-os.com
Tel: +49 (541) 40933-150
Fax: +49 (541) 40933-110
Internet: www.gws-os.com

ÜBERBLICK

Überblick und wichtigste Ergebnisse

Der Themenbericht Erwerbsbeteiligung fußt auf den aktuellen Ergebnissen des Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes (StBA 2012a, b). Es werden ausgesuchte Indikatoren dargestellt und beschrieben, die einen Überblick über den Stand und die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung in Deutschland geben. Der Bericht wird jährlich aktualisiert.

Ausgehend von der Erwerbstätigkeit und den damit verbundenen Einkommen wird die Erwerbsbeteiligung insgesamt, nach Alter und Geschlecht sowie nach Bundesländern erfasst. Ferner wird das Arbeitsangebot nicht allein durch die Beteiligung am Erwerbsleben, sondern auch durch die Arbeitszeit bestimmt.

Wichtige Ergebnisse sind:

- Die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern sind weiterhin erheblich. Während 40% aller Männer mehr als 2.000 € verdienen, sind es nicht einmal 15% der Frauen, die diese Einkommenshöhe erreichen. Wichtige Einflussfaktoren sind die durchschnittliche Arbeitszeit und die Beschäftigung nach Wirtschaftsbereichen.
- Der Trend zu einer höheren Erwerbsbeteiligung setzt sich auch 2011 fort. Es sind vor allem die Erwerbsquoten der über 55-Jährigen, die weiterhin deutliche Zuwächse verzeichnen. In jüngeren Jahrgängen konnten auch die Frauen ihre Erwerbsbeteiligung deutlich steigern.
- Im Osten Deutschlands ist die Erwerbsbeteiligung nach wie vor höher als im Westen. Das gilt für Frauen und Männer. Im Saarland sowie in Bremen und Nordrhein-Westfalen ist die Erwerbsbeteiligung besonders niedrig.
- Steigende Erwerbsquoten Älterer sind auch in Zukunft notwendig und auch erwartbar.

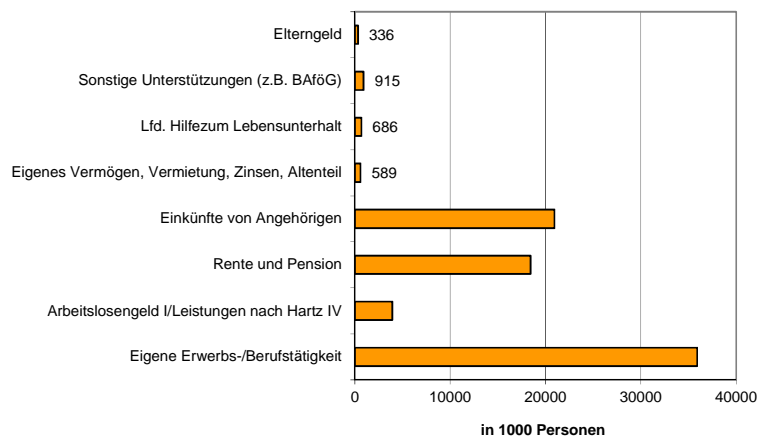
Erwerbsbeteiligung und Lebensunterhalt

BEDEUTUNG DER ERWERBSBETEILIGUNG FÜR DEN LEBENSUNTERHALT

Die Erwerbstätigkeit ist die wichtigste Einnahmequelle für die Bevölkerung. Fast 36 Mio. Personen sichern ihren Lebensunterhalt mit einer eigenen Erwerbs- oder Berufstätigkeit (Abbildung 1). Hinzu kommen rund 18,4 Mio. Rentner und Pensionäre, die Einnahmen auf Grund einer vorangegangenen Erwerbstätigkeit beziehen. Auch Leistungen wie das Arbeitslosengeld setzen eine vorangegangene Tätigkeit voraus. Relativ neu ist das Elterngeld, das immerhin bei 336.000 Personen den Lebensunterhalt überwiegend sichert und im Vergleich zum Vorjahr an Bedeutung gewonnen hat (+3,4%). Hier ist die Erwerbstätigkeit ebenfalls eine notwendige Voraussetzung. Damit ist der Lebensunterhalt von rund 59 Mio. Personen (72% der Bevölkerung Deutschlands) direkt oder indirekt durch die eigene Erwerbstätigkeit bedingt.

Die restliche Bevölkerung (ca. 23 Mio. Personen) ist zum überwiegenden Teil davon abhängig, dass die Angehörigen ein Einkommen basierend auf der Erwerbstätigkeit erzielen. Die Anzahl derer, die „von den Zinsen“ ihren Lebensunterhalt zu großen Teilen bestreiten können, ist mit 589 Tsd. Personen (0,7%) dagegen gering, auch wenn ihre Zahl im Vergleich zum Vorjahr merklich gestiegen ist (+38%).

Abbildung 1: Überwiegende Sicherung des Lebensunterhaltes nach Quellen 2011

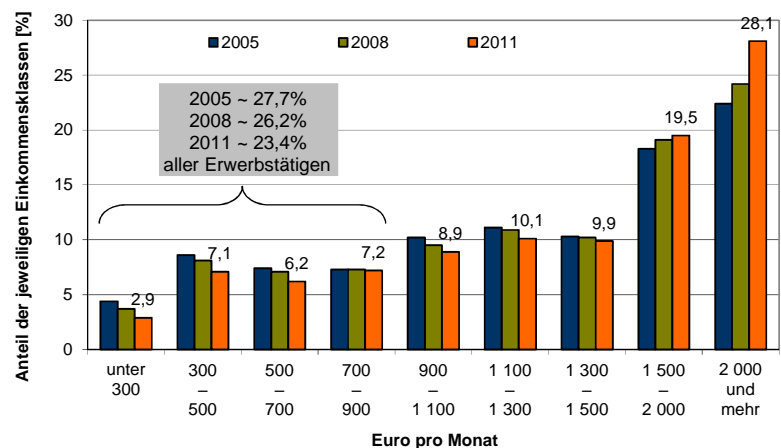


Quelle: Statistisches Bundesamt (StBA) 2012a, eigene Darstellung

Abbildung 2 zeigt, dass 2011 ca. 23% aller Erwerbstätigen ein monatliches Nettoeinkommen unterhalb von 900 € verdient haben. 28% aller Erwerbstätigen erreichten ein Nettogehalt von mehr als 2000 € im Monat. Wegen der jährlichen Lohnsteigerungen – z.B. als Inflationsausgleich - ist grund-

sätzlich zu erwarten, dass bei festen Einkommensklassen die Anzahl der Personen in den unteren Lohnklassen von Jahr zu Jahr zurückgeht. Den Daten zufolge ist das auch tatsächlich der Fall: vor allem die untersten Einkommensgruppen mit einem Nettomonatseinkommen von bis zu 900 € haben ihren Anteil von 2005 bis 2011 um 16% reduziert. Auch für die Einkommensklassen zwischen 900 € und 1500 € ist ein Rückgang des Anteils an den Erwerbstätigen festzustellen. Nur die beiden höchsten Einkommensklassen können zulegen; insbesondere die Anzahl der Personen mit einem Einkommen oberhalb von 2000 € ist mit +25% deutlich gewachsen.

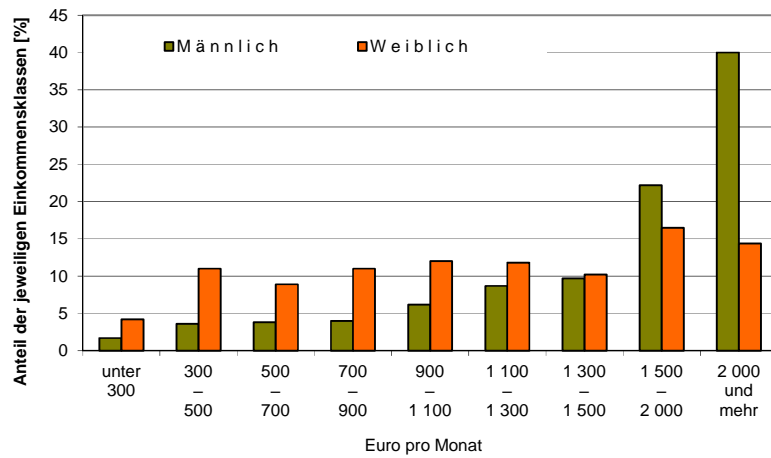
Abbildung 2: Verteilung der Erwerbstätigen nach dem monatlichen Nettoeinkommen 2005, 2008 und 2011



Quelle: StBA 2012a, eigene Darstellung und Berechnung

Die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern sind auch 2011 immer noch erheblich (Abbildung 3). Während 40% aller Männer ein Einkommen oberhalb der 2000 € pro Monat beziehen, gilt dies für nicht einmal 15% der Frauen. Dagegen werden die Einkommen in den unteren Klassen, d.h. bis 900 €, mehrheitlich von Frauen erzielt. Auch bei den Monatseinkommen zwischen 900 € und 1500 € überwiegt der Anteil der Frauen. Allerdings lassen sich im Zeitverlauf bei den weiblichen Erwerbstätigen starke Verschiebungen ausmachen. Zwischen 2005 und 2011 hat der Anteil der Frauen, der mehr als 1500 Euro pro Monat verdient, um 38% zugenommen; Bei den Männern betrug der Anstieg nur 11% (StBA 2012a).

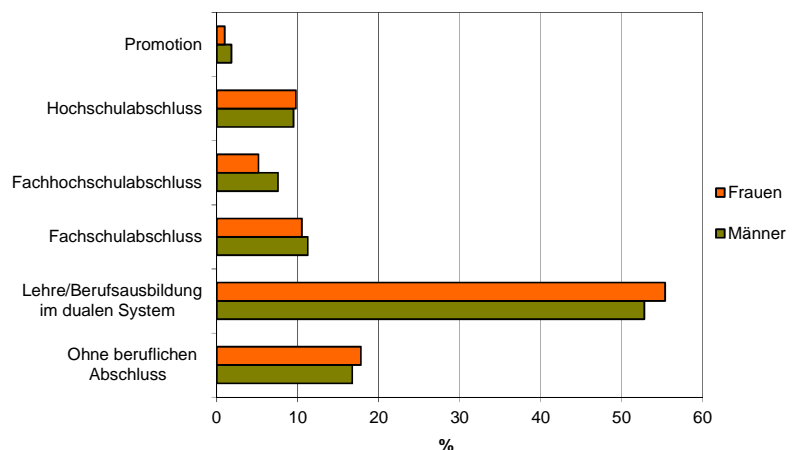
Abbildung 3: Verteilung des monatlichen Nettoeinkommens von Frauen und Männern 2011



Quelle: StBA 2012a, eigene Darstellung

Für die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern lassen sich verschiedene Gründe anführen (vgl. Hinz und Gartner 2005). Die formale Qualifikation lässt sich eher nicht heranziehen: Beispielsweise bildeten Frauen bei den erwerbstätigen Personen mit Hochschulabschluss 2011 die Mehrheit (Abbildung 4).

Abbildung 4: Berufliche Bildungsabschlüsse 2011 – Frauen und Männer im Vergleich

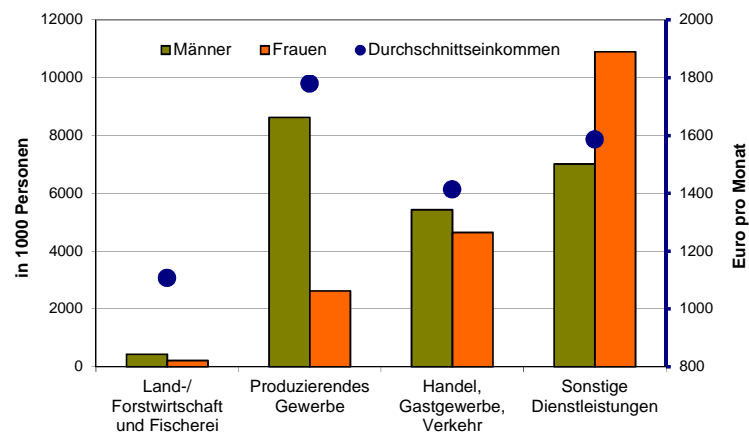


Quelle: StBA 2012b, eigene Darstellung und Berechnung

Ein Grund liegt dagegen in den gewählten Branchenschwerpunkten: Frauen arbeiten vor allem in dem Wirtschaftsbereich „Sonstige Dienstleistungen“, Männer im „Produzieren-

den Gewerbe“. Allerdings ist die durchschnittliche Nettolohnzahlung¹ im „Produzierenden Gewerbe“ höher, was männlichen Erwerbstätigen einen Vorteil verschafft.² Die Lohnunterschiede von Frauen und Männern allein auf die Verteilung auf Wirtschaftsbereiche zurückzuführen ist in jedem Fall unzureichend. Berufswahl, Art des Betriebes, Arbeitszeit (s.u.), Berufseinstieg oder auch Erwerbsverlauf sind weitere wichtige Ursachen.

Abbildung 5: Beschäftigung von Frauen und Männern nach Wirtschaftsbereichen und jeweiliges durchschnittliches Nettoeinkommen im Jahr 2011



Quelle: StBA 2012a, eigene Darstellung und Berechnung

Zwischenergebnis

Zwischenergebnis: Erwerbsarbeit ist nach wie vor die wichtigste Einkunftsart. Die Verteilung der Nettoeinkommen zeigt, dass ca. 23% der Erwerbstätigen weniger als 900 € pro Monat verdienen. Einen etwas größeren Anteil (28%) kann ein Einkommen oberhalb von 2000 € pro Monat erzielen. Die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern sind weiterhin erheblich. Eine der Ursachen ist die unterschiedliche Beschäftigung von Frauen und Männern nach Wirtschaftsbereichen.

¹ Der Durchschnitt wurde unter der Annahme berechnet, dass der Durchschnitt der Einkommensintervalle für alle Personen des Intervalls gilt.

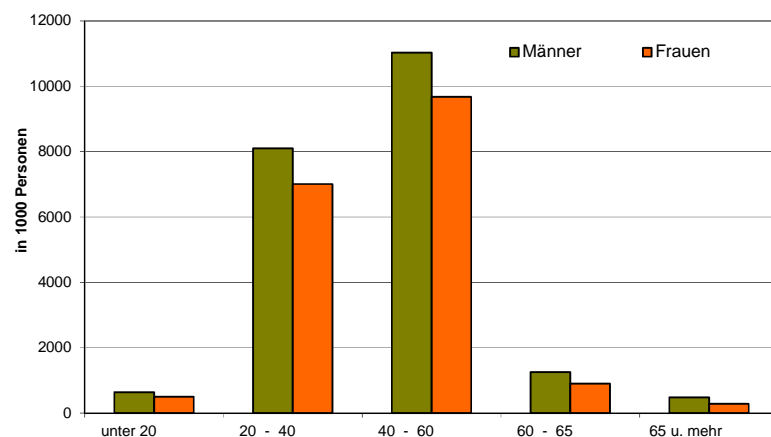
² Der Befund beschreibt lediglich einen einfachen Mengeneffekt, der sich dadurch ergibt, dass mehr Männer in Branchen mit höherer Entlohnung tätig sind. Über Unterschiede bei den Durchschnittslöhnen bei Frauen und Männern in den einzelnen Branchen oder Sektoren wird hiermit nichts ausgesagt.

Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit

ERWERBSTÄTIGKEIT UND ERWERBSLOSIGKEIT NACH ALTER UND GESCHLECHT

Die Erwerbstätigen sind zu 54% männlich. Auch in Zukunft wird das so bleiben: Sowohl unter den 20- bis 40-Jährigen als auch unter den 40- bis 60-Jährigen ist der Anteil der Frauen mit 46% kleiner und entspricht dem Durchschnitt über alle weiblichen Altersgruppen. Für die Erwerbstätigen, die 60 Jahre oder älter sind, ist zu erwarten, dass der Anteil erwerbstätiger Frauen in Zukunft zunehmen wird: Zurzeit beträgt er lediglich knapp 37% (StBA 2012a). Es ist anzunehmen, dass die Frauen ihre höhere Erwerbstätigkeit in den vorangehenden Altersgruppen auch in Zukunft in höherem Alter fortsetzen werden.

Abbildung 6: Erwerbstätige nach Alter und Geschlecht im Jahr 2011

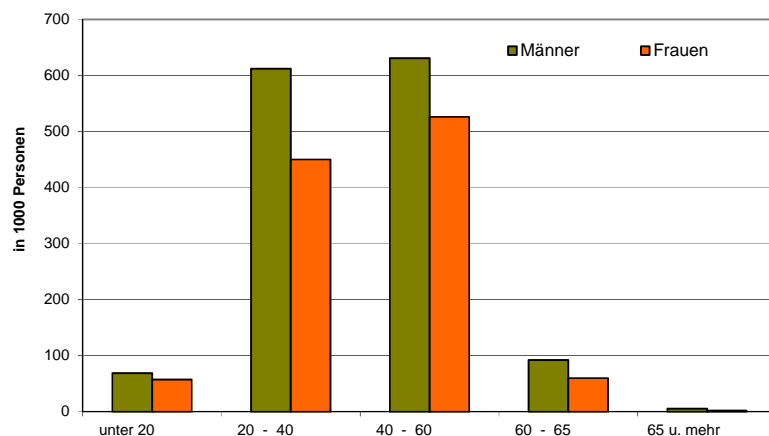


Quelle: StBA 2012a, eigene Darstellung

Die Abbildung 6 zeigt ferner, dass die Erwerbstätigkeit mit 90% hauptsächlich im Alter zwischen 20 und 60 Jahren erbracht wird. Die „Rente mit 67“ (nach SGB 6 §35) sollte auch ein Signal dafür geben, die Erwerbstätigkeit in höheren Altersjahren – falls überhaupt möglich – aufrecht zu erhalten. 2011 gingen von den 4,9 Mio. 60 bis 65-Jährigen ca. 44% einer Erwerbstätigkeit nach. Neben persönlichen Gründen wie Gesundheit, Lebensplanung etc. kann aber auch die Situation am Arbeitsmarkt, z.B. fehlende Arbeitsplätze und deren Eignung für ältere Personen, eine Rolle für die Erwerbsbeteiligung in dieser Altersgruppe spielen.

Unter den Erwerbslosen³ zeigt sich auf den ersten Blick in Abbildung 7 eine ähnliche Verteilung auf die Altersklassen: Der größte Anteil der Erwerbslosigkeit ist vor allem im Alter von 20 bis 60 festzustellen. Gemessen an der jeweiligen Altersgruppe in der Gesamtbevölkerung ist die Erwerbslosigkeit zwischen 20 und 40 Jahren mit 5,4% relativ am größten. Bei den 40- bis 60-Jährigen liegt sie mit 4,6% knapp einen Prozentpunkt darunter. Die 60- bis 65-Jährigen weisen dagegen nur eine Erwerbslosenquote von 3,1% auf (StBA 2012a), was dem Durchschnittswert der Gesamtbevölkerung entspricht. Allerdings kann die geringe Erwerbsneigung Älterer selbst schon ein Ausdruck der vermuteten Chancenlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt sein. Die Erwerbsbeteiligung⁴, die eine zusammengesetzte Betrachtung aus Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit ist, ist also bei den 60- bis 65-Jährigen deutlich geringer als bei den beiden vorangehenden Altersgruppen.

Abbildung 7: Erwerbslose nach Alter und Geschlecht im Jahr 2011



Quelle: StBA 2012a, eigene Darstellung

³ Während die Arbeitslosigkeit die Anzahl der Personen umfasst, die arbeitslos im Sinne des Sozialgesetzbuches (SGB) sind, basiert das Erwerbslosenenkonzept auf einer Befragung. Danach sind Personen erwerbslos, wenn sie sich in den letzten vier Wochen aktiv bemüht haben, einen Arbeitsplatz zu finden und sie ferner in der Lage sind, ihre Stellung in den nächsten zwei Wochen anzutreten. D.h. die Erwerbslosigkeit kann, muss sich aber nicht mit Arbeitslosigkeit decken. (vgl. StBA 2012a, Tabellenblatt Definitionen_1).

⁴ Der Beteiligung am Erwerbsleben im Mikrozensus liegt das Labour-Force-Konzept der ILO zu Grunde.

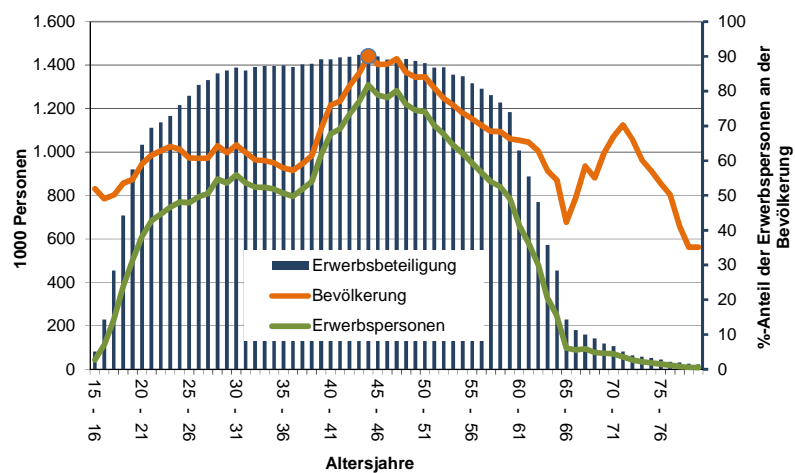
ERWERBSBETEILIGUNG NACH ALTER UND GESCHLECHT

Erwerbsbeteiligung

Im Folgenden werden die Erwerbspersonen – also die Summe aus Erwerbstätigen und Erwerbslosen – detaillierter betrachtet. Insbesondere wird die Erwerbsbeteiligung, d.h. der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung, in ihrer zeitlichen Entwicklung untersucht.

Ein Überblick über die Erwerbsbeteiligung einzelner Altersjahre gibt die folgende Abbildung 8: Sie zeigt die Bevölkerung und die Erwerbspersonen für die 15- bis unter 80-Jährigen. 2011 waren fast 67 Mio. Personen zwischen 15 und 80 Jahre alt. Davon strebten rund 42 Mio. Personen (63%) eine Erwerbsbeteiligung an. Die Erwerbsbeteiligung erreicht erst ab dem 20. Altersjahr mit knapp 65% einen überdurchschnittlichen Wert. Ab dem 60. Lebensjahr wird der Durchschnitt für die hier verwendete Altersklasse (15 bis 80 Jahre) wieder unterschritten. Die Haupterwerbsphase findet also – wie bereits festgestellt - zwischen den Altersjahren 20 und 60 statt.

Abbildung 8: Bevölkerung und Erwerbspersonen nach Altersjahren 2011



Quelle: StBA 2012a, eigene Darstellung

Ferner gibt die Abbildung einen Eindruck von der zukünftigen Entwicklung am Arbeitsmarkt: Die 44-Jährigen waren mit 1,4 Mio. Personen 2011 der zahlenmäßig größte Jahrgang. In 15 Jahren, also 2025, wird dieser Jahrgang 60 Jahre alt sein. Bleibt das Verhalten der Bevölkerung in Bezug auf die Erwerbsbeteiligung wie es heute ist, dann werden

von 2025 bis 2030 sämtliche Personen des heutigen 44. Altersjahres aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Da alle Altersjahrgänge, die heute jünger als 44 Jahre sind, weniger Personen umfassen, d.h. teilweise um bis zu gut 800 Tsd. Personen niedriger ausfallen, können die neuen Ruheständler bei weitem nicht durch neue, jüngere Arbeitnehmer ersetzt werden. Die Auswirkungen des „Pillen-Knicks“ werden auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes deutlich zu spüren sein. Damit wird sich auch das Verhältnis von Ruheständlern zu aktiver Bevölkerung erhöhen.

Um diesen Rückgang möglichst sanft zu gestalten, sind vier Wege denkbar:

- die Erwerbsbeteiligung sinkt nicht mehr so stark in den Altersjahren 60 bis 67,
- die Erwerbsbeteiligung in der Haupterwerbsphase (20 bis 60) wird – wenn auch nur sehr begrenzt möglich – ausgeweitet, beispielsweise durch eine höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen,
- der Eintritt in das Berufsleben wird möglichst in jungen Jahren vollzogen: Momentan liegt die Erwerbsbeteiligung vor dem 26. Lebensjahr noch unter 80%, ab dem 30. Lebensjahr ist sie mit 86,7% deutlich höher,
- die zurückgehende Anzahl an Erwerbspersonen wird durch Zuwanderung kompensiert.

Die Politik hat sich gewollt oder ungewollt dieser Problematik angenommen: „Rente mit 67“, Verkürzung der Zeit bis zum Abitur (G8)⁵, Abschaffung der Wehrpflicht und Verkürzung der Studiendauer⁶. Über eine Neuregelung der Zuwanderung insbesondere Hochqualifizierter wird nachgedacht. Die Ausweitung der Betreuungsmöglichkeiten für die unter 3-Jährigen zielt auf eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen im Alter zwischen 20 und 40 ab. Die Wirkungen des Betreuungsgeldes („Herdprämie“), dessen Einführung für das Jahr 2013 geplant ist, bleiben abzuwarten.

Eine steigende Geburtenrate ist dagegen keine kurz- bis mittelfristige Lösung des Problems: Heute geborene Kinder werden erst in 20 Jahren eine Erwerbstätigkeit aufnehmen können. Es muss also zu einer schlagartigen und deutlichen Steigerung der Geburtenrate kommen (heute: 1,4 Kinder pro Frau), um den Rückgang der Erwerbspersonen in 20 Jahren kompensieren zu können. Aufgrund der Beobachtungen der

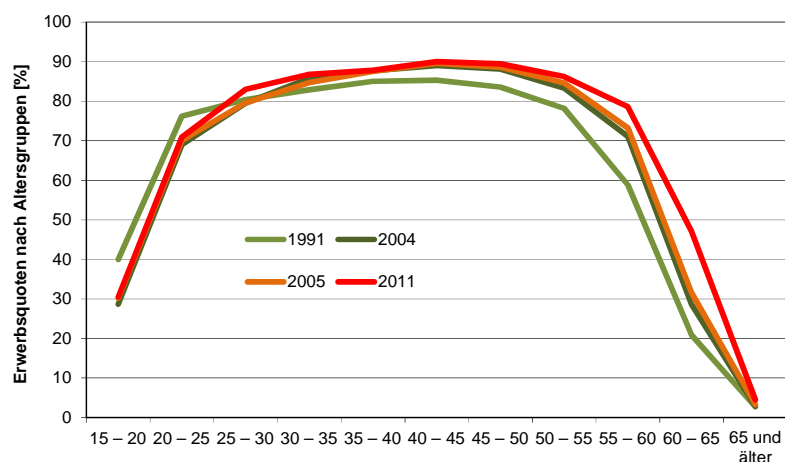
⁵ Im Wintersemester 2011/2012 war an den Hochschulen ein deutlicher Zuwachs an Studenten zu verzeichnen (StBA 2011): In Niedersachsen und Bayern wurden 2011 zwei Jahrgänge gleichzeitig mit dem Abitur fertig.

⁶ Die im Rahmen des Bologna-Prozesses eingeleiteten Hochschulreformen hatten als ein wichtiges Ziel die Verkürzung der Studiendauer.

letzten Jahre ist das allerdings nicht erwartbar, auch wenn bei Goldstein und Kreyenfeld (2011) Hinweise darauf existieren, dass die amtliche Statistik die tatsächliche Geburtenrate in Deutschland unterschätzt.

Abbildung 9 zeigt die Entwicklung der Erwerbsneigung nach Alter: Mit der neuen gesetzlichen Grundlage für den Mikrozensus, die im Jahre 2004 beschlossen worden ist, ist die Vergleichbarkeit der Zahlen vor und nach 2005 nur eingeschränkt. Der Vergleich 1991 mit 2004 zeigt allerdings einen durchgehenden Anstieg der Erwerbsquoten für alle Altersjahre zwischen 25 und 60. Die stärksten Veränderungen sind für die Altersgruppe 55 bis 60 festzustellen. Im Zeitraum 2005 bis 2011 ist es die Altersgruppe zwischen 60 und 65 Jahren, die sich am stärksten bewegt. Aber auch die Altersgruppe der 55- bis 60-Jährigen legt noch mal zu.

Abbildung 9: Erwerbsquoten nach Altersgruppen im zeitlichen Vergleich

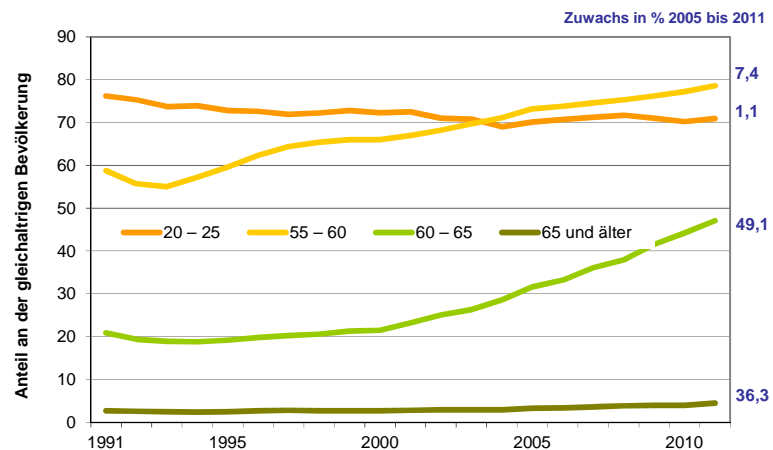


Quelle: StBA 2012a, eigene Darstellung

Ein Blick auf die Altersgruppen am Rand der Haupterwerbsphase zeigt Interessantes. Eingedenk der teilweise eingeschränkten Vergleichbarkeit, ist vor allem der Verlauf der Erwerbsquote der 60- bis unter 65-Jährigen besonders auffällig (s. Abbildung 10): Seit 1991 hat sich ihre Erwerbsquote mehr als verdoppelt. In den Jahren 2005 bis 2011 stieg die Erwerbsquote um 13,9%-Punkte und veränderte sich gegenüber 2005 um 49%. Über den gesamten Zeitraum ist auch die Erwerbsquote der 55- bis unter 60-Jährigen deutlich gestiegen. Seit 2005 konnte sie noch einmal um 4,8%-Punkte zulegen. Die Altersgruppe zwischen 20 und 25 zeigt einen Rückgang an, der sich aber von 2005 bis 2011 nicht weiter fortgesetzt hat. Die Erwerbsbeteiligung in der Altersgruppe, die vor dem Hintergrund der „Rente mit 67“ beson-

ders interessant ist, scheint nahezu unverändert: Die Erwerbsquote der Altersgruppe 65+ nahm zwischen 2005 und 2011 um 1,1%-Punkte zu. Wegen des niedrigen Ausgangsniveaus von 3,3% im Jahr 2005 bedeutet dies allerdings immer noch ein Anstieg von 36%.

Abbildung 10: Erwerbsquoten für ausgewählte Altersgruppen im zeitlichen Verlauf

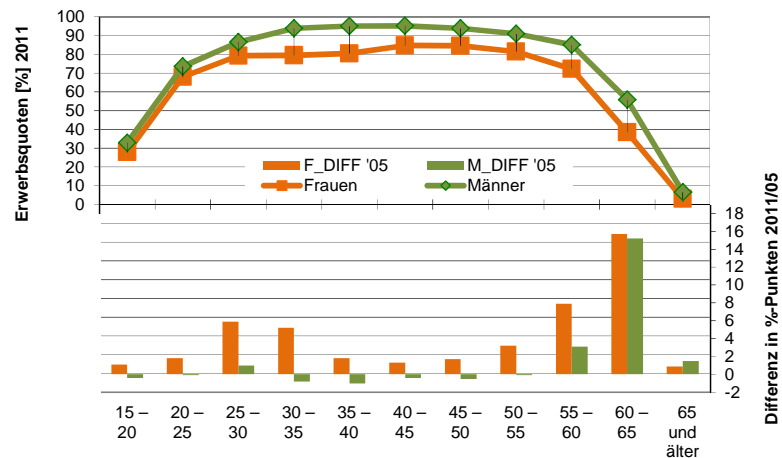


Quelle: StBA 2012a, eigene Darstellung und Berechnung

Ein Vergleich zwischen Frauen und Männern – zu sehen im oberen Teil der Abbildung 11 – zeigt, dass 2011 die Erwerbsquoten der Männer durchgehend für alle Altersgruppen über denen der Frauen liegen. Der größte Abstand zwischen den Erwerbsquoten bei Frauen und Männern ergibt sich erwartungsgemäß in den Altersgruppen 30 bis 35 Jahre und 35 bis 40 Jahre. Darin drückt sich auch ein Verschieben der Familiengründungsphase auf die Altersjahre nach dem 30. Lebensjahr aus. Das Alter erstgebärender Frauen ist deutlich gestiegen.

Der untere Teil der Abbildung 11 zeigt aber deutlich, dass es vor allem die Frauen sind, die sich immer stärker an der Erwerbstätigkeit beteiligen. Männer hatten im Zeitraum 2005 bis 2011 nur in der Altersgruppe ab 65 Jahren einen deutlich höheren Zuwachs als Frauen. In den jüngeren Altersgruppen, d.h. zwischen 15 und 55 Jahren, sind es insbesondere die Frauen, die zulegen konnten. Die Erwerbsbeteiligung der Männer stagniert bestenfalls. Im Ergebnis nimmt die Erwerbsbeteiligung weiter zu. Vor allem in Altersjahren 55+ sind deutliche Steigerungen zu erkennen.

Abbildung 11: Erwerbsquoten nach Altersgruppen und Geschlecht für 2011 sowie deren Veränderung in Prozentpunkten im Vergleich zu 2005



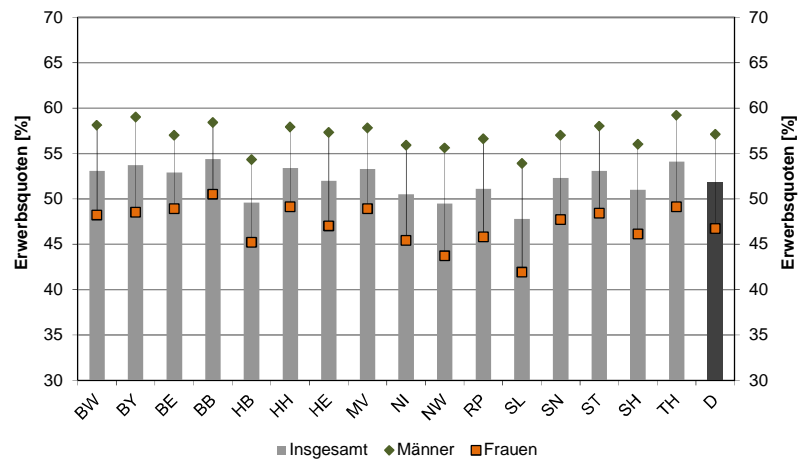
Quelle: StBA 2012a, eigene Darstellung und Berechnung

ERWERBSBETEILIGUNG NACH BUNDESLÄNDERN

Regionale Betrachtung

Die Erwerbsbeteiligung unterscheidet sich zwischen den Bundesländern (vgl. Abbildung 12). Generell ist sie in Ostdeutschland, unabhängig vom Geschlecht, höher als im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin). Die höchste Erwerbsbeteiligung erreicht Brandenburg mit 54,4%, was insbesondere durch die Erwerbsquote der Frauen (50,5%) erreicht wird. Bei den Männern liegt Thüringen mit 59,2% vorne. Die niedrigsten Werte finden sich mit 47,8% im Saarland. Dies gilt sowohl für die Frauen (41,9%) als auch die Männer (53,9%). Neben den ostdeutschen Bundesländern liegt die Erwerbsbeteiligung nur noch in Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg und Hessen oberhalb des Bundesdurchschnitts. Dagegen ist die Erwerbsbeteiligung im Saarland, in Bremen und Nordrhein-Westfalen besonders niedrig. Der Unterschied in der Erwerbsbeteiligung zwischen Männern und Frauen ist in Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und im Saarland größer als im gesamtdeutschen Schnitt. In keinem Bundesland liegt die Erwerbsquote der Frauen über der der Männer.

Abbildung 12: Erwerbsquoten 2011 nach Bundesländern für Frauen und Männer getrennt



Quelle: StBA 2012a, eigene Darstellung

ARBEITSZEITUNTERSCHIEDE ZWISCHEN FRAUEN UND MÄNNERN

Arbeitszeit

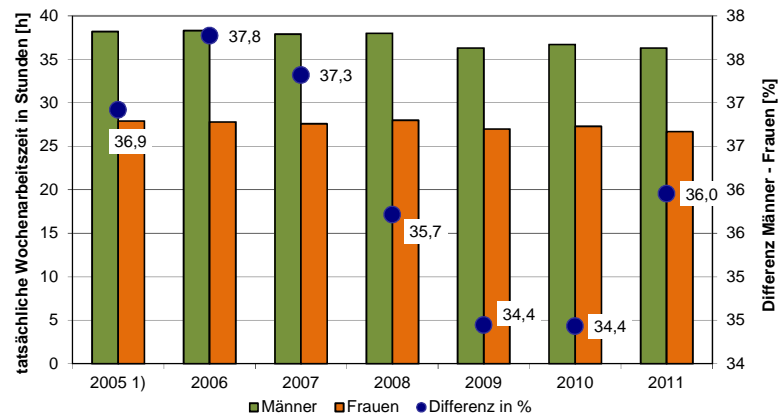
Die folgende Abbildung 13 zeigt den Unterschied in der tatsächlichen Arbeitszeit zwischen Frauen und Männern innerhalb des Zeitraums 2005 bis 2011⁷: Während Männer im Durchschnitt über 37 Stunden (h) pro Woche arbeiten, liegt die Arbeitszeit der Frauen im Mittel bei 27,5 h. Der Unterschied zwischen den Geschlechtern ändert sich dabei über die Jahre nicht wesentlich. Zwischen 2008 und 2010 ist die Distanz kurzfristig durch eine relativ niedrigere Arbeitszeit bei den Männern zurückgegangen, bereits 2011 hat sich dies aber wieder umgekehrt.

Der Effekt lässt sich insbesondere durch die Ausweitung der Kurzarbeit infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise erklären. Diese Regelung hatte dafür gesorgt, dass zwar die Anzahl der Erwerbstätigen nahezu unverändert geblieben, aber die durchschnittliche Arbeitszeit um 2,6% (1,0 h) bei Frauen und 4,5% (1,7 h) bei Männern zurückgegangen ist. Im Ergebnis konnte der konjunkturelle Einbruch durch eine Reduktion der Arbeitszeit nahezu ohne Reduktion der Anzahl der Erwerbstätigen kompensiert werden.

⁷ Die Entwicklung der tatsächlichen Arbeitszeit von Frauen und Männern wird ab 2005 dargestellt. Die Ergebnisse der Vorjahre sind mit diesem Zeitraum nur eingeschränkt vergleichbar (StBA 2012a).

Anschließend hat die gute wirtschaftliche Lage 2010 und 2011 zu einem Anstieg der Erwerbstätigenzahlen um 2,4% bzw. 3,6% geführt (StBA 2012a). Gleichzeitig hat die Arbeitszeit jedoch kaum zugenommen, so dass im selben Zeitraum die durchschnittliche Arbeitszeit bei Frauen und Männern unter dem Niveau des Jahres 2008 geblieben ist.

Abbildung 13: Tatsächliche Wochenarbeitszeit von Frauen und Männern, 2005 bis 2011

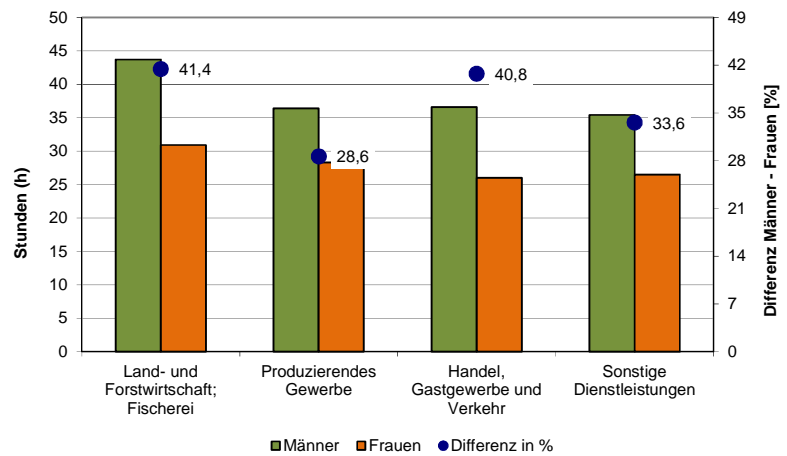


1) ab 2005 Jahresdurchschnitt; kein Vergleich mit Vorjahreswerten möglich

Quelle: StBA 2012a, eigene Darstellung und Berechnung

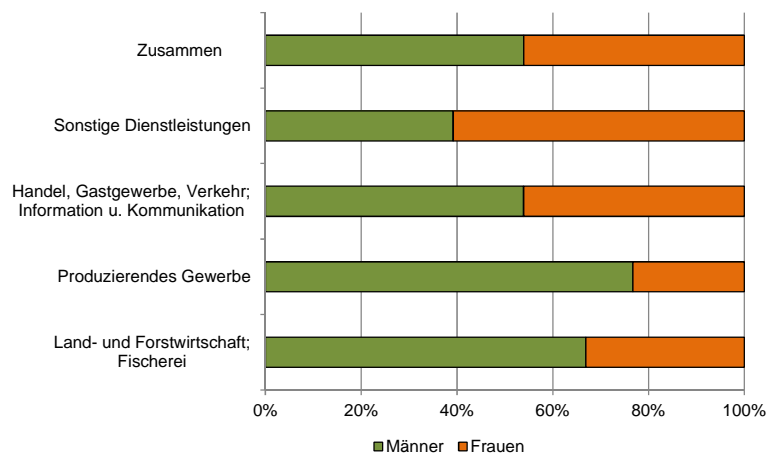
Die durchschnittliche Arbeitszeit pro Woche von Frauen und Männern weist auch bei einer Betrachtung nach Wirtschaftsbereichen erhebliche Differenzen auf (Abbildung 14). Am ähnlichsten sind sich die Arbeitszeiten von weiblichen und männlichen Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe. Allerdings ist mit 77% weit mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen in diesem Wirtschaftsbereich männlich (Abbildung 15). Im von den Frauen dominierten Bereich der sonstigen Dienstleistungen liegt die prozentuale Abweichung in den geleisteten Stunden mit 34% nur leicht unter der durchschnittlichen Abweichung von 36%. Am größten ist die Diskrepanz bei der Wochenarbeitszeit in der Land-/ Forstwirtschaft und Fischerei. Hier arbeiten allerdings wie im verarbeitenden Gewerbe mit 33% an den Erwerbstätigen nur wenige Frauen.

Abbildung 14: Arbeitszeiten von Frauen und Männer nach Wirtschaftsbereichen (2011)



Quelle: StBA 2012a, eigene Darstellung und Berechnung

Abbildung 15: Verteilung erwerbstätiger Frauen und Männer auf Wirtschaftsbereiche (2011)

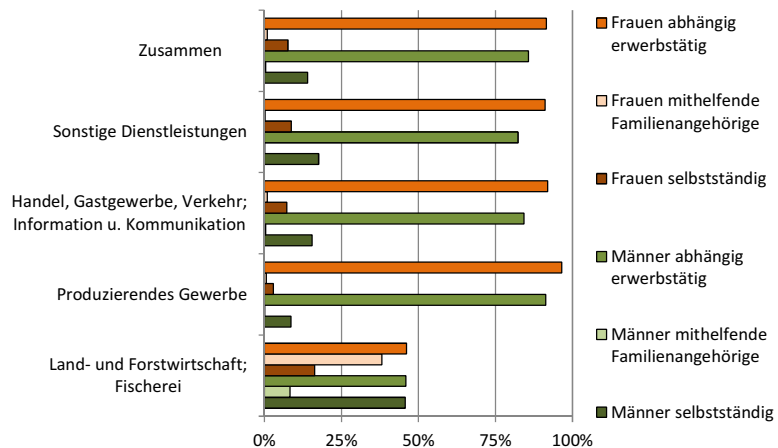


Quelle: StBA 2012a, eigene Darstellung

Des Weiteren unterscheiden sich Männer und Frauen wie in Abbildung 16 zu sehen auch in der Art der Erwerbstätigkeit. Generell überwiegt bei beiden Geschlechtern die Form der abhängigen Erwerbstätigkeit, gefolgt von der Selbstständigkeit. Mithelfende Familienangehörige haben meist nur bei landwirtschaftlichen Betrieben und im Gastgewerbe Relevanz. Allerdings überwiegt bei Frauen im Vergleich zu den Männern die Zahl derer, die als Angehörige mithelfen. Ein weiterer Unterschied liegt bei den Selbstständigen. Männer sind häufiger selbstständig tätig als Frauen, was ebenfalls

insbesondere für den Bereich der Land-/ Forstwirtschaft und Fischerei zutrifft.

Abbildung 16: Art der Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern nach Wirtschaftsbereichen (2011)



Quelle: StBA 2012a, eigene Darstellung

ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNGEN

Ausblick

Die Erwerbsbeteiligung wird angesichts der bereits heute schrumpfenden Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter weiter steigen müssen. Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) geht davon aus, dass der Trend in den hohen Altersgruppen hin zu einer höheren Erwerbsneigung auch in den nächsten Jahrzehnten fortbesteht (Fuchs et al. 2011). Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch das QuBe-Projekt, das vom IAB und BIBB getragen wird (www.qube-projekt.de, Helmrich und Zika 2010).

Das Gutachten der Prognos AG (2011) für den Verband der Bayerischen Wirtschaft kommt zu dem Ergebnis, dass der Mangel nicht nur an Fachpersonal, sondern grundsätzlich an Erwerbspersonen ohne Veränderungen der Erwerbsbeteiligung erheblich sein wird. Auch wenn die im Gutachten unterstellten unveränderten Erwerbsquoten für die Zukunft kaum zu erwarten sind, zeigt es doch deutlich die Notwendigkeit steigender Erwerbsquoten. Der ausgewiesene Saldo zwischen Angebot und Nachfrage (-3 Mio. Personen bereits im Jahr 2015) auf dem Arbeitsmarkt ist allerdings in dem Gutachten überzeichnet, da die Erwerbslosen nicht als Teil des Arbeitsangebots interpretiert werden und die jüngsten Entwicklungen der Erwerbsbeteiligung nicht berücksichtigt wurden.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat in seiner Expertise zum demografischen Wandel ebenfalls auf die Notwendigkeit steigender Erwerbsbeteiligung (Partizipation) hingewiesen (Sachverständigenrat 2011, S.105). Längere Arbeitszeiten und steigende Produktivität der Arbeitskräfte sieht er ebenfalls als eine notwendige Entwicklung an.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird nicht nur für die Arbeitnehmer, sondern auch für die Unternehmen eine Umstellung bedeuten: Sie werden sich darauf einstellen müssen, dass der Anteil älterer Beschäftigter weiter zunehmen wird. Ferner wird es bei einer fortgesetzten wirtschaftlichen Entwicklung, ähnlich der aus der Vergangenheit, immer schwieriger werden, junge, gut ausgebildete Mitarbeiter zu finden. Dieses gilt nicht nur für die hochqualifizierten Arbeitskräfte, sondern auch für solche mit einer Ausbildung, die im dualen Berufsbildungssystem absolviert wurde.

Die Anzahl der Personen mit einer mittleren Qualifikation wird durch mehrere Trends beeinflusst: Geringere Jahrgangsstärken, ein steigender Anteil von Personen mit einer Hochschulzugangsberechtigung und zuletzt deutlich steigende Hochschulzugangsquoten sowie ein anhaltender, teilweise sogar steigender Bedarf nach solchen Qualifikationen im Bereich der Dienstleistungen (z.B. Gesundheit). Während große Unternehmen mit eigenen Personalabteilungen und mit unternehmensinterner Personalentwicklung bessere Ausgangsbedingungen haben, wird die Situation vor allem für kleinste und kleine Unternehmen, d.h. mit weniger als 50 Beschäftigten, weitaus schwieriger sein.

Grundsätzlich ist in Zukunft der teilweise schon heute spürbare Fachkräftemangel bei fehlenden Gegenmaßnahmen oder unverändertem Verhalten kaum zu verhindern. Allerdings ist nicht nur der Bedarf an Hochqualifizierten nicht mehr zu decken. Hier hat es wenigstens in den letzten Jahren einen deutlichen Anstieg der Studierneigung gegeben. Im Jahr 2010 waren es immerhin 45% der betroffenen Jahrgänge, die ein Studium aufgenommen haben.⁸ Bleibt die Studierneigung auf diesem Niveau, ist damit ein großer Schritt hin zu einer ausreichenden Anzahl von Hochqualifizierten getan.

⁸ Vorläufige Hochschulstatistiken für das Wintersemester 2011/12 (s. Fußnote 5) berichten für 2011 einen erstaunlichen (wahrscheinlich vorübergehenden) Anstieg dieser Quote auf über 55%. Die Quote ist nach oben verzerrt, da durch doppelte Abiturjahrgänge und die Aussetzung der Wehpflicht Sondereffekte eintraten.

Es sind aber auch die Berufe des Gastgewerbes und des Gesundheitsbereichs, die zunehmend um den Nachwuchs konkurrieren müssen (vgl. Helmrich und Zika 2011). Es ist zu erwarten, dass es in diesen Bereichen zu Anpassungen der Arbeitsverhältnisse kommen wird: Weniger Teilzeitbeschäftigte und höhere Entlohnungen. Grundsätzlich sind es die Berufe des Dualen Ausbildungssystems, die unter Druck geraten. Unternehmen werden auf die Attraktivität ihrer Ausbildungsplätze achten müssen, wenn sie auf dem Arbeitsmarkt nicht zu kurz kommen wollen.

In Zukunft wird auch die weitere Aktivierung der Frauen für die Erwerbstätigkeit wichtig bleiben. Sie stellen fast die Hälfte der Studienanfänger⁹ dar und ihre Erwerbsneigung ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Das Potenzial an hochqualifizierten Frauen wird weiter wachsen. Die Arbeitszeit von Frauen liegt aber noch deutlich unter der der Männer: Kinderbetreuungsplätze (privat oder staatlich) sind eine Brücke hin zu mehr Arbeitszeit. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat zusammen mit der Bundesagentur vor diesem Hintergrund die Alleinerziehenden als Zielgruppe definiert (vgl. BMAS 2011a). Vor dem Hintergrund der Fachkräftesicherung hat das BMAS der Ausweitung der Arbeitszeit erwerbstätiger Frauen und der Aktivierung nicht erwerbstätiger Mütter eine hohe Priorität zugeordnet (vgl. BMAS 2011b).

Letztlich rückt die Zuwanderung wieder in den Fokus der Politik. Die Bundesregierung hat beschlossen, die EU-Hochqualifiziertenrichtlinie umzusetzen und die „Blue card“ einzuführen. Im Zuge dessen wurde auch die Einkommensschwelle für eine sofortige Niederlassungserlaubnis für Hochqualifizierte gesenkt: von 66.000 € auf 48.000 €. Zwar wird der Zuwanderung vor dem Hintergrund der Fachkräftesicherung vom BMAS (2011b) nur eine geringe Priorität zugeordnet, sie wird aber mit in die Überlegungen einbezogen. Es ist zu erwarten, abhängig von der Entwicklung des Arbeitsmarktes in den nächsten Jahren, dass das Thema der qualifizierten Zuwanderung weiter an Bedeutung gewinnt.

⁹ Siehe Fußnote 5.

REFERENZEN

BMAS (2011a): Alleinerziehende unterstützen – Fachkräfte gewinnen, Berlin.

BMAS (2011b): Fachkräftesicherung: Ziele und Maßnahmen der Bundesregierung. Berlin.

Goldstein, J.R. & Kreyenfeld, M. (2011): Has East Germany Overtaken West Germany? Recent Trends in Order-Specific Fertility. *Population and Development Review* 37(3).

Fuchs, J., Söhnlein, D. & Weber, B. (2011): Rückgang und Alterung sind nicht mehr aufzuhalten. IAB-Kurzbericht 16/2011.

Helmrich, R. & Zika, G. (Hrsg.) (2010): Beruf und Qualifikation in der Zukunft. Bonn.

Hinz, T. & Gartner, H. (2005): Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in Branchen, Berufen und Betrieben. IAB Discussion Paper No. 4/2005. Nürnberg.

Prognos AG (2011): Arbeitslandschaft 2030. Eine Studie der Prognos AG im Auftrag der vbw-Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. Stand: September 2011, 2. Auflage.

Sachverständigenrat (2011): Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung.

Statistisches Bundesamt (2011): Bildung und Kultur. Schnellmeldeergebnisse der Hochschulstatistik zu Studierenden und Studienanfänger/-innen – vorläufige Ergebnisse – Wintersemester 2011/2012. Stand 23.11.2011.

Statistisches Bundesamt (2012a): Mikrozensus – Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland. Fachserie 1 Reihe 4.1.1, Stand 09.10.2012.

Statistisches Bundesamt (2012b): Mikrozensus – Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen in Deutschland. Fachserie 1 Reihe 4.1.2, Stand 08.10.2012.

WEITERE THEMENREPORTS

Bieritz, L. (2012): Die deutsche Immobilienwirtschaft - Regionale Besonderheiten vor dem Hintergrund steigender Preise. GWS Themenreport 12/6, Osnabrück.

Thobe, I. (2012): Die Ernährungsindustrie – Stabile Branche mit Potenzialen – und Herausforderungen in der Personalplanung. [GWS Themenreport 12/5](#), Osnabrück.

Stöver, B. (2012): Die Gastronomie – Auswärts essen bleibt hoch im Kurs. [GWS Themenreport 12/4](#), Osnabrück.

Mönnig, A. (2012): Der Maschinenbau – ein Spätzykler auf Erfolgskurs: Update 1. Quartal 2012. [GWS Themenreport 12/3](#), Osnabrück.

Mönnig, A. (2012): Die Automobilindustrie – Gute Wachstumsperspektiven trotz zukünftiger Herausforderungen: Update 1. Quartal 2012. [GWS Themenreport 12/2](#), Osnabrück.

Bieritz, L. (2012): Die Energiewirtschaft – Energieerzeugung und –verbrauch einer Branche im Umbruch. [GWS Themenreport 12/1](#), Osnabrück.

Drosdowski, T.; Thobe, I. & Wolter, M.I. (2011): Erwerbsbeteiligung in Deutschland in 2010: Anstieg in höherem Alter setzt sich fort. [GWS Themenreport 11/9](#), Osnabrück.

Thobe, I. (2011): Die Ernährungsindustrie – Stabile Branche mit Potenzialen. [GWS Themenreport 11/8](#), Osnabrück.

Mönnig, A. (2011): Der Maschinenbau – Ein Spätzykler auf Erfolgskurs. [GWS Themenreport 11/7](#), Osnabrück.

Mönnig, A. (2011): Die Automobilindustrie – Gute Wachstumsperspektiven trotz zukünftiger Herausforderungen – Aktualisiert auf 2. Quartal 2011. [GWS Themenreport 11/6](#), Osnabrück.

Mönnig, A. (2011): Die Chemieindustrie – im Aufwind nach der Krise – Aktualisiert auf 2. Quartal 2011. [GWS Themenreport 11/5](#), Osnabrück.

Stöver, B. (2011): Die Gastronomie – Appetit nach mehr. [GWS Themenreport 11/4](#), Osnabrück.

Mönig, A. & Walter, H. (2011): Die Chemieindustrie – im Aufwind nach der Krise – Aktualisiert auf 1. Quartal 2011. [GWS Themenreport 11/3](#), Osnabrück.

Mönig, A. (2011): Die Automobilindustrie – Gute Wachstumsperspektiven trotz zukünftiger Herausforderungen. [GWS Themenreport 11/2](#), Osnabrück.

Mönig, A. & Walter, H. (2011): Die Chemieindustrie – im Aufwind nach der Krise. [GWS Themenreport 11/1](#), Osnabrück.